

VORWORT	15
ERSTER TEIL - PÄDAGOGISCHE EINSICHTEN	19
1. SCHULEN IN UNSERER ZEIT	21
1.1 Aktuelle Problematik	21
1.2 Aktuelle Ansprüche an Schule	26
1.3 Aufgaben von Schule	29
2. LERNZIEL EMANZIPATION	33
2.1 Theoriestandpunkte	33
2.2 Emanzipatorische Erziehung	36
2.3 Emanzipationspädagogik und Schulpraxis	38
2.4 Die besondere Problematik der Emanzipation	39
2.5 Der pädagogische Sinn der Emanzipation	41
2.6 Die didaktische Strategie zur Emanzipation	42
2.6.1 Diskussion der Grundsätze	42
2.6.2 Ansätze einer sozialen Lerntheorie	44
2.6.3 Soziale Integration als Zielbestimmung sozialen Lernens in der IGS	47
2.7 Kritik an der Emanzipationspädagogik	49
2.7.1 Boverenters Kritik	49
2.7.2 Die Kritik von Theodor Wilhelm	51
2.8 Ergebnis	53
3. NEUBERUFLICHES LERNEN	55
3.1 Frage nach einer neuen Allgemeinbildung	55
3.2 Antwort mit neuberuflichem Lernen	61
3.3 Qualitätserneuerung mit neuberuflichem Lernen	64
3.4 Konsequenzen für Curriculum und Organisation neuberuflichen Lernens	66
3.5 Sozialwissenschaftlicher Nachweis für die Notwendigkeit der Integration von allgemeinem und beruflichem Lernen	68
3.6 Pädagogischer Nachweis für die Integration von allgemeinem und beruflichem Lernen	74

3.7	Konzeptionen für neuberufliches Lernen im allgemeinen Unterricht	77
3.7.1	Versuche mit Arbeitslehre	77
3.7.2	Begriffsbestimmung von "Arbeit" für die Arbeitslehre	81
3.7.3	Die Funktion der "Arbeit" in der poly- technischen Bildung der DDR	83
3.7.4	Der Wandel in den Zielvorstellungen der polytechnischen Bildung in der DDR	85
3.7.5	Die zeitgemäße Konzeption für polytechnische Bildung	88
3.7.6	Arbeitslehre an der Wende zwischen didak- tischem Status quo und Entwicklung für die Sekundarstufen I und II	90
3.7.7	Der "Sündenfall" Humboldts und seine Aus- wirkungen auf den Gegensatz von allgemeiner und beruflicher Bildung	92
3.7.8	Problemlösung durch identitätstheoretische Bildungstheorie	94
3.7.9	Ergebnis der Versuchsanalyse	97
3.8	Ansätze zu einer integrativen "Arbeitslehre", verstanden als sozial-ökonomische Bildung	101
3.9	Didaktische Probleme aktueller sozial- ökonomischer Bildung	104
3.10	Bedürfnisstruktur als Zielhorizont sozial- ökonomischer Bildung	108
3.11	Zusammenfassender Ausblick	111
4.	IDEOLOGIE UND SCHULREFORM	114
4.1	Zum Ideologiebegriff (Die Beseitigung von Definitionsirrtümern)	114
4.2	Zur Artikulation der Ideologien (Die Beseitigung von Artikulationsirrtümern)	118
4.3	Zum Verständnisbegriff (Die Beseitigung von Verständnisirrtümern)	121
4.4	Ausblick	123
5.	ELTERNVEREIN UND SCHULREFORM	129
5.1	Am Anfang Übereinstimmung	129

5.2	Anspruch auf Partizipation	132
5.3	Die intellektuelle Perspektive	134
5.4	Die sozialhistorische Perspektive	135
5.5	Elternverein und Planbeteiligung	137
5.5.1	Die "von unten" initiierte Restauration der "alten Schule"	137
5.5.2	Wissen und Wollen des Vereins	139
5.5.3	Rollenbewußtsein als Barriere der Schulreform	145
5.5.4	Das Atypische am Elternverein	148
5.6	Der Fehlversuch als Demokratisierungsfaktor	149
5.7	Groß-Gerauer Elternverein oder "Bürger- initiative andersherum"	151
5.8	Schlußbetrachtung	155
6.	SCHULEN ZWISCHEN POLITIK UND RECHT	160
6.1	Der erste Schulprozeß	160
6.1.1	Ausgangslage	160
6.1.2	Prozeß für Tilmann	164
6.1.3	Der aliud-Charakter der IGS	166
6.1.4	Der Aspekt des öffentlichen Bedürfnisses	168
6.1.5	Die scheinbare Abhängigkeit von prästabili- rierter Begabungsstruktur und der Bestands- garantie überkommener Schulformen	174
6.1.6	Der Widerspruch zwischen dem Recht der Erziehungsberechtigten auf freie Wahl des Bildungsweges ihrer Kinder und dem angeb- lichen Zwang zum Besuch der IGS	180
6.2	Der zweite Schulprozeß	190
6.2.1	Ausgangslage	190
6.2.2	Neun Elternpaare klagen gegen den Kreis	192
6.2.3	Klageerwiderung des Kreisausschusses	194
6.2.4	Entscheidungsgründe des Verwaltungsgerichts	202
6.3	Zusammenfassung	205
7.	WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG, BERATUNG ODER KONTROLLE	211
7.1	Darstellung der besonderen Problematik wis- senschaftlicher Kontrolle für bildungspoli- tische Programme mit IGS	211

7.2	Die scheinbare Unversöhnlichkeit im Ideologiestreit der hessischen Schulpolitik	218
	ANMERKUNGEN ZUM ERSTEN TEIL	223
	ZWEITER TEIL - POLITISCHE ANSPRÜCHE	271
1.	DREI SCHULENTWICKLUNGSPÄNE 1970 - 1973 - 1976	272
1.1	Kreis als Träger der "Schullasten"	278
1.1.1	Kreisdaten	278
1.1.2	Schuldaten	284
1.2	Begründung der Pläne	287
1.3	Bildungspolitisches Grundkonzept	293
2.	ZIELVORSTELLUNGEN FÜR BILDUNGSGÄNGE IM SEKUNDARBEREICH I	297
2.1	Verstärkung horizontaler Durchlässigkeit	299
2.2	Vermeidung sozialbedingter Selektion	299
2.3	Arbeitsformen der Förderstufe (Jahrgangsstufe 5 - 6)	302
2.4	Arbeitsformen der Integrierten Gesamtschule (Jahrgangsstufe 7 - 8 und 9 - 10)	309
2.4.1	Empfehlungen des Bildungsrates	309
2.4.2	Kern- und Kurssystem	309
2.4.3	Schülerzahl und Jahrgänge 5 bis 10	314
2.4.4	Offene oder geschlossene Räume	315
2.4.5	Sonstige bauliche Anforderungen	316
2.5	Oppositionelle Positionen	317
2.6	Die bewiesene Zielvorstellung: Integrierte Gesamtschule	318
2.6.1	Erster Maßstab: Schülerleistung	319
2.6.2	Zweiter Maßstab: Chancengleichheit	324
2.6.3	Dritter Maßstab: Urteil der Beteiligten	331
2.6.4	Perspektiven im Vorgriff	334
3.	ZIELPLANUNGEN IM ZEITABLAUF	335
3.1	Förderstufen	335
3.2	Kriterien für Schülerprognosen	337

3.3	Integrierte Gesamtschulen	339
3.4	Reformierte Gymnasiale Oberstufen	340
4.	ZIELVORSTELLUNGEN FÜR BILDUNGSGÄNGE IM SEKUNDARBEREICH II	341
4.1	Kritik der traditionellen Bildungsgänge	342
4.1.1	Gymnasiale Bildungsgänge	342
4.1.2	Berufliche Bildungsgänge	345
4.2	Grundzüge einer Integrierten Sekundarstufe II	347
5.	MODELLE FÜR DIE GESTALTUNG DER INTEGRIERTEN SEKUNDARSTUFE II	351
5.1	Reformierte Gymnasiale Oberstufe	351
5.2	Berufliche Grund- und Fachstufen in Teil- und Vollzeitform	354
5.3	Perspektiven für Verknüpfung und Integration	357
5.4	Perspektiven für Qualifikationen und Abschlüsse	363
5.5	Positionen der CDU und F.D.P.	369
6.	MODELLVERSUCH ZUR INTEGRATION VON BERUF- LICHEM UND ALLGEMEINEM LERNEN AN DEN BERUF- LICHEN SCHULEN DES KREISES GROß-GERAU IN RÜSSELSHEIM	373
7.	SCHULBAU	380
7.1	Vorbemerkung	380
7.2	Voraussetzungen	383
7.3	Ansprüche an Konzeptionen	385
7.4	Konsequenzen für die Planung	388
7.5	Erfahrungen	396
	ANMERKUNGEN ZUM ZWEITEN TEIL	400
	DRITTER TEIL - PRAKTISCHE ERFAHRUNGEN	425
1.	GESAMTSCHULE GARANTIERT MEHR GERECHTIGKEIT UND HUMANITÄT	426

2.	GESAMTSCHULE ERMÖGLICHT MEHR CHANCEN- GLEICHHEIT	432
3.	GESAMTSCHULE VERBÜRGT EINEN SCHÜLERGEMÄßEREN AUFBAU DER LERNFÄHIGKEIT	436
4.	GESAMTSCHULE BRINGT EMANZIPATION ALS ZUOBERST GESETZTES LERNZIEL ZUSTANDE	440
5.	GESAMTSCHULE GEWÄHRLEISTET MEHR LEISTUNG DURCH DIFFERENZIERUNG UND DURCHLÄSSIGKEIT	442
6.	GESAMTSCHULE WAGT MEHR FÖRDERUNG DURCH MEHR AUSWAHL	459
7.	ERFAHRUNGEN MIT DER BAUNUTZUNG UND DEM GEBRAUCH DER EINRICHTUNGEN VON GESAMTSCHULEN	461
	ANMERKUNGEN ZUM DRITTEN TEIL	466
	AUSBLICK UND NACHWORT	475
	AUSBLICK	476
	NACHWORT	480
	LITERATURVERZEICHNIS	481
	VERZEICHNIS DER BILDER	508
	VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN	11
	TABELLENVERZEICHNIS	13